

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Schule und Weiterbildung	24.08.2020
Jugendhilfeausschuss	25.08.2020

### **Bedarfssituation und Ausbaumaßnahmen im Offenen Ganzttag an Kölner Grundschulen**

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09. Juni 2020 wurde die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Vorlagen-Nr. 0630/2020) thematisiert. Dieselbe Fraktion hat hierbei die Frage nach der konkreten Zeitplanung für die von der Verwaltung beschriebenen Schritte formuliert.

Mit der systematischen Betrachtung der einzelnen Schulstandorte durch die Schulbaubetreuung und den Fachbereich Ganzttag wird die Verwaltung voraussichtlich noch vor den Herbstferien beginnen. Bis dahin werden zur Vorbereitung verwaltungsinterne Abstimmungen vorgenommen. Ziel des Prozesses ist es zu ermitteln, an welchen Standorten welche (Bau-)Maßnahmen erforderlich sind, um allen Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an der Offenen Ganzttagsschule zu ermöglichen.

Eine konkretere Zeitplanung ist schwierig, weil für größere Projekte umfangreiche Planungen erforderlich sind. Wie bereits beschrieben, werden zunächst die Schulen in den Fokus genommen, die sich in Wohnbereichen mit besonderem Jugendhilfebedarf befinden und/oder eine geringe OGS-Versorgungsquote aufweisen. An diesen Standorten werden sicherlich die Planungen für Baumaßnahmen bereits beginnen müssen, bevor der erste Schritt an Schulen erfolgt, die schon jetzt über hohe Versorgungsquoten verfügen.

Die Verwaltung ist sich des dringenden Handlungsbedarfs bewusst und wird Sie regelmäßig über den Fortgang des Prozesses informieren. Die Schulen wurden schon immer eng begleitet und in konzeptioneller Hinsicht beraten und mit Hilfe des Amtes für Schulentwicklung in die Lage versetzt, OGS-Plätze auszubauen zu können.

Auf die aktuellen Hemmnisse im Schulbau und der Schwierigkeit, Baumaßnahmen für den Ganzttag in die priorisierende Schulbauliste einzuordnen, wurde bereits mehrfach in Mitteilungen oder Beantwortungen hingewiesen. Hinsichtlich der Planungen zu der alternativen Schulraumgewinnung wird auf die Mitteilung 2447/2020 in der heutigen Sitzung verwiesen.

Weiterhin wurde die Sorge geäußert, dass die von Seiten des Bundes zu erwartenden Fördermittel nicht fristgerecht abgerufen werden können. Die Bundesregierung hat Anfang Juli verkündet, dass für den Ausbau der Ganztagsbetreuung in Grundschulen insgesamt 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden, davon 750 Millionen Euro bereits in diesem Jahr. Diese Mittel sollen zunächst auf die Bundesländer aufgeteilt werden, welche sie wiederum an die Kommunen weiterleiten. Weitergehende Informationen liegen noch nicht vor und somit steht auch noch nicht fest, in welchem Umfang die Stadt Köln wann und zu welchen Bedingungen entsprechende Mittel abrufen kann. Die Verwaltung wird den höchstmöglichen Betrag in Anspruch nehmen und für eine fristgerechte Verwendung der Mittel Sorge tragen.

Die Bundesfamilienministerin schätzt den Ganztagsbedarf der Grundschulkinder bundesweit auf etwa 75 bis 80 Prozent. Sicherlich ist gewiss, dass der Bedarf in Köln aus unterschiedlichen Gründen höher liegt und an der Steigerung unaufhörlich weitergearbeitet werden muss. Die Versorgungsquote in Köln nimmt mit 81% im bundes- und landesweiten Vergleich indes immer noch eine Spitzenposition ein.

**Gez. Voigtsberger**